

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Kriegelstein & Co.  
Grossschloß Nr. 20.  
Kriegelstein Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschloß, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postkassenummer  
Dresden 1554.  
Strossauer  
Riesa Nr. 52.

Nr. 248.

Mittwoch, 23. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereinstroms von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundschreibzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.



Der französische Minister für Pensionen, Antériou.

## Geht Briand? Was dann?

Das Demissionsangebot des bei den Senatswahlen gescheiterten französischen Pensionsministers Antériou hat in Frankreich und auch anderwärts großes Aufsehen erregt. Briand hat das Rücktrittsgesuch zwar nicht angenommen, doch kann sein Zweifel darüber bestehen, daß die Angelegenheit noch ihre Folgen haben wird. Man muß immerhin berücksichtigen, daß das Demissionsangebot kurz vor dem Wiederzusammentritt des französischen Parlaments erfolgt ist. In der Kammer kommt es programmgemäß zu einer großen Generaldebatte über die Innen- und Außenpolitik, wobei die bisherige Tätigkeit des Kabinetts Briand einer eingehenden Kritik unterzogen werden dürfte. In gut unterrichteten Pariser Kreisen munkelt man schon jetzt von einer unmittelbar bevorstehenden Kabinettskrise. Das hätte also zu bedeuten, daß die Regierung Briand die Ratifizierung des Young-Planes und des Haager Abkommens nicht mehr erleben würde. Als Nachfolger Briands wird allgemein der rechtsstehende Minister Lardieu genannt, von dem es mehr als fraglich ist, ob er namentlich in der Frage der Neuregelung für das Saargebiet das Entgegenkommen zeigen wird, wie es vielleicht von Briand zu erwarten ist. Vom deutschen Standpunkt aus wäre ein Kabinettswechsel in Frankreich in diesem Augenblick bestimmt nicht zu begrüßen. Da sich aber die französische Innenpolitik nicht zu den deutschen Wünschen zu orientieren pflegt, spricht die Wahrscheinlichkeit für eine baldige Kabinettskrise, die durch das Demissionsangebot des Pensionsministers Antériou in allernächster Nähe gerückt worden ist. Selbstverständlich sind Festlegungen im Gange, die auf eine Erhaltung des gegenwärtigen Kabinetts abzielen. Besonders von sozialistischer Seite werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Briand zum Bleiben zu veranlassen. Leon Blum hat erst am Montag in einer Rede in Carcassonne, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt für Briand eine ganze gestochen. Den Sozialisten geht es vor allem darum, daß jetzt nicht ein ausgesprochenes Rechtskabinet an die Macht kommt. Wenn schon eine Umbildung der Regierung unvermeidlich sei, dann soll wenigstens ein radikales Ministerium die Fäden der Regierung ergreifen, das die Sozialisten ihre Unterstützung leisten werden. Das diese Wünsche der Sozialisten in Erfüllung gehen werden, ist aber auf Grund der Zusammensetzung der gegenwärtigen Kammer kaum anzunehmen. Man muß vielmehr damit rechnen, daß der eventuelle Sturz des Kabinetts Briand die Bildung einer nationalistischen Regierung zur Folge haben würde. Das Schicksal des Young-Planes wäre aber dann in der französischen Kammer zumindest recht ungewiß.

## Rücktritt der thüringischen Regierung.

Weimar. (Zuspruch.) Nachdem die demokratischen Abgeordneten des Landtages von Thüringen gestern ihren Austritt aus der Koalition mit den 3 bürgerlichen Parteien, dem Landbund, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei verständigt hatten, erklärte die Regierung gestern abend ihren Rücktritt. Die Landtagsaufsichtung steht unmittelbar bevor. Als Termin für die Landtagsneuwahl werden der 1. bzw. 15. Dezember genannt.

## Austritt der Demokraten aus der thüringischen Regierungskoalition.

Weimar. Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Thüringischen Landtages gab der Abgeordnete Professor Dr. Richter im Namen der demokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, zwei Parteien der bisherigen Regierungskoalition hätten es für richtig befunden, ohne

# Sturz des Kabinetts Briand.

Paris, 22. Oktober. Das Kabinetts Briand ist heute abend 7 1/2 Uhr in der Kammer gestürzt worden. Der Antrag der Radikalen, die Debatte über die außenpolitische Interpellation auf den 15. November schweben, gegen den Briand die Vertrauensfrage stellte, wurde mit 288 gegen 277 Stimmen angenommen. Das Kabinetts ist somit mit 11 Stimmen in der Minderheit geblieben und hat den Saal verlassen. Gegenwärtig ist es mit der Abfassung des Demissionsbescheides beschäftigt, das Briand zweifellos sofort dem Präsidenten der Republik überbringen wird.

## Wie es zum Austritt des Kabinetts Briand kam.

Paris. (Telunion.) Zu dem Austritt des Kabinetts Briand ist zu bemerken, daß die Vertrauensfrage nicht der Außenpolitik als solcher, sondern ihrer geschäftlichen Ermöglichen Behandlung galt. Die Vorgeschichte ist folgende: Die erste Sitzung der französischen Kammer im neuen Tagungsabschnitt wurde am Dienstag nachmittags um drei Uhr eröffnet. Zahlreiche Interpellationen über die Politik der Regierung wurden gleich nach Eröffnung verlesen. Darauf ergriff Briand das Wort, um der Kammer ein Arbeitsprogramm vorzuschlagen. Er empfahl, mit der Haushaltsaufsicht am Donnerstag dieser Woche zu beginnen, dagegen alle Interpellationen, die sich auf die auswärtige Politik der Regierung beziehen, solange zu verschieben, bis mit der Beratung des Young-Planes und den Haager Abmachungen begonnen würde. Daran schloß sich eine ausführliche Aussprache, in der Leon Blum für die sozialistische Partei sich mit der Vertagung der außenpolitischen Probleme einverstanden erklärte.

Den dann folgenden Angriff zu hartem Angriffen gegen die Regierung gab der radikalsozialistische Abgeordnete Montignis, der den Vertagungsverschiebung der Regierung ablehnte. Der Redner verlangte vor allem, möglichst bald mit der Besprechung der Gründung der Bank für internationale Zahlungen zu beginnen, die eine Gefahr für die Regierung bedeute und verlangte ferner, die Erklärung der Rheinlandräumung und der Bedingungen, unter denen sie erfolgen werde. Auch die Saarfrage solle behandelt werden. Marin wies besonders daraufhin, daß die Rheinlandräumung bereits begonnen habe.

Briand erwiderte, er könne die Stellung der Regierung dem Auslande gegenüber nicht schwächen. Für die Aufgabe die die Regierung im Haag zu erfüllen hätte, hätte sie im voraus das Vertrauen der Kammer erhalten. Die Angriffe Marins und Montignis gingen darauf aus, der Regierung dieses Vertrauen auch vor dem Auslande zu rauben. Wenn man der Regierung die einmonatige Frist, die sie brauche, versagen will, so möge die Kammer dies offen aussprechen. Die Regierung könne aber über die auswärtige Politik nicht früher Auskunft geben, als die Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen beendet seien.

Marin antwortete, daß Stomden das englische Parlament vor den Haager Verhandlungen über seine Absichten unterrichtet habe. Warum konnte Briand nicht ebenso handeln statt sich hinter diplomatischen Geheimnistümerie zu verschließen? Er, Marin, könne nur dann für die Regierung stimmen, wenn er ihre Pläne vorher kenne. Montignis sprach Briand persönlich das Vertrauen aus, verzweigte es jedoch dem gesamten Kabinetts, vor allem Maginot, Maginot verleihe geheimnisvolle Vorbereitungen für die Rheinlandräumung zu konstruieren. Briand stellte darauf die Vertrauensfrage. Der linke Abgeordnete Scapini fragte, ob man die bereits begonnene Rheinlandräumung nicht rückgängig machen könne, wenn die Kammer die Haager Abmachungen ablehne. Briand erwiderte, es liege ihm fern, die Kammer vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die

Räumung der zweiten Zone werde im Winter beendet sein, die der dritten nicht vor der Ratifizierung des Young-Planes und seiner Ausführungsbestimmungen.

Der Antrag, der dann den Sturz der Regierung herbeiführte, war von dem Abgeordneten Montignis gestellt worden. Er verlangte die Festsetzung des Termines für die Verhandlung der auswärtigen Politik auf den 15. November. Dagegen stellte Briand die Vertrauensfrage und kam mit Hilfe des rechten und des linken Flügels der Kammer zu Fall.

Nach der Abstimmung wurde die Kammerführung sofort aufgehoben. Die Minister begaben sich sofort geschlossen zum Präsidenten der Republik, um ihm den Gesamtrücktritt des Kabinetts zu unterbreiten.

## Das gestürzte französische Kabinetts beim Präsidenten.

Paris. (Telunion.) Gleich nach der Abstimmung in der Kammer begab sich das Kabinetts geschlossen zum Präsidenten der Republik in das Elysée. Ministerpräsident Briand überreichte dem Präsidenten das Kabinettsdokument, das in zwei Sähen davon Mitteilung macht, daß die Kammer der Regierung das Vertrauen entzogen habe. Demnach gab Briand dem Präsidenten seine persönliche Entschuldigung für seine wertvollen Dienste, die er Frankreich erwiesen habe. Demnach hat das Ministerium, die Geschäfte noch weiter zu versehen, bis ein neues Kabinetts gebildet sei.

## Die Berliner Botschaft zum Sturz Briands.

Berlin, 22. Oktober. Der überraschende Sturz des Kabinetts Briand wird vorläufig nur von einem Teil der Berliner Blätter ausführlich besprochen. Die „Weltanschauung“ weist darauf hin, daß der Vorstoß gegen das Kabinetts Briand von der Linken und der äußersten Rechten der Linken, daß die Lage nach dem Sturz Briands kaum noch einseitigen Gesichtspunkten gebildet werden könne. Es sei daher auch außerordentlich schwer, eine Voraussage für die weitere Entwicklung und den möglichen politischen Auswirkungen zu machen. — Die „Vorwärtszeitung“ schreibt, der Vorgang in der französischen Kammer werde zweifellos den innenpolitischen Machtkampf in Frankreich verschärfen bis sich eine gewisse Festigung nach der Mitte hin und vielleicht nicht ohne außenpolitische Einflüsse durchziehen werde. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, es habe den Anschein, als sei in Frankreich die Zeit stabiler Kabinetts wieder vorbei. Damit könne Frankreich aber unter Umständen auch wieder ein Außerer unklarer wechselnder Verhandlungspartner für Deutschland werden. — Der „Vorwärts“ sagt, wenn Briand der gradlinige Vorkämpfer der europäischen Verständigungspolitik gewesen sei, als der er sich gern habe feiern lassen, dann hätte er es nicht nötig gehabt, die Vertrauensfrage gegen den Antrag der Radikalen zu stellen. Briand habe nicht von seinen Mitarbeiter auf der Rechten abdrücken wollen, darüber sei er gestürzt. — Nach der Auffassung des „Vorwärts“ hat nicht die Resonanz über die außenpolitischen Ereignisse die plötzliche Krise veranlaßt, sondern die Unklarheit der innen- und parteipolitischen Entwicklung in Frankreich. — Die „Vossische Zeitung“ schreibt, Briand habe früher, als er selbst angenommen habe, die Probe auf das Exempel machen müssen, daß es nicht möglich sei, eine Politik des Friedens und der internationalen Verständigung mit einer Rechtsmehrheit zu machen. In der ersten entscheidenden Abstimmung sei ihm ein Teil seiner eigenen Mehrheit in den Rücken gefallen.

## Zündholzmonopol und Rußland.

Berlin. In dem Organ der russischen Handelsvertretung in Berlin „Die Volkswirtschaft“ wird der Abschluß des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Schwedentrakt als ein feindlicher Akt gegen die Zündholzindustrie angesehen, und es wird gesagt, daß jede Maßnahme der deutschen Regierung, die zu einer Einschränkung der russischen Ausfuhr würde, dahin gedeutet werden müßte, daß die deutsche Regierung mehr Rücksicht auf einen ausländischen Konzern als auf die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion nehme. Diese Auffassung wird den Gründen der deutschen Regierung für den Abschluß des Abkommens in keiner Weise gerecht, und sie kommt auch zu spät, denn, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger mitteilen kann, hat schon vor einigen Tagen die amtliche Stellen der Sowjetunion in Berlin eingehend über die Verhältnisse der Zündholzindustrie in Kenntnis gesetzt worden. Das Schweden-Abkommen richtet sich durchaus nicht gegen irgend welche Interessen der Sowjetunion, sondern nur gegen die deutsche Produktion, und es ist nicht abzusehen, daß es die deutsche Zündholzindustrie aus ihrer schwierigen Lage zu befreien.

die beiden anderen Parteien zu verständigen, mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten über einen Antrag zu verhandeln, und ihn dann gemeinsam beim Thüringischen Landtag einzubringen. Es handelt sich um den Antrag gegen den Young-Plan. Mit diesem Vorhaben, das die Regierung notwendig zum Rücktritt zwingen werde, sei die bisherige Regierungskoalition aufgehoben. Die Demokraten seien nach wie vor bereit, für das Wohl des Landes parlamentarisch mitzuarbeiten, aber ohne jede Koalitionsbindung.

## „Graf Zeppelin“ zur Spanien-Fahrt gestartet.

Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 6.49 Uhr mit 18 Passagieren an Bord zur Fahrt nach Nordspanien aufgestiegen. Unter den Passagieren befinden sich u. a. auch der spanische Botschafter in Berlin, Fernando Espinosa de los Monteros, und der argentinische Konsul in München, Fremercy. Nach glatt verlaufenem Start und einer Schelle über der Stadt nahm das Luftschiff, das sich schon in großer Höhe befand, Kurs nach Westen.